



Wissenschaftlicher Beirat
beim
Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie • 11019 Berlin

Herrn
Peter Altmaier
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

- Der Vorsitzende -

Prof. Dr. Hans Gersbach

ETH Zürich
Zürichbergstraße 18
8092 Zürich, Schweiz

TEL +41 (446) 3 28 28 0

FAX +41 (446) 3 21 83 0

E-MAIL hgersbach@ethz.ch

INTERNET www.wissenschaftlicher-beirat.de

DATUM 9. Januar 2019

Bildungsgerechtigkeit als Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft

Sehr geehrter Herr Minister,

der Beirat begrüßt Ihre Ankündigung, eine Charta zur Neugestaltung der Sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als sehr erfolgreich darin erwiesen, Eigenverantwortung und Wettbewerb mit sozialem Ausgleich zu verbinden. Zunehmend besteht aber die Ansicht, dass dieses Zusammenspiel vor dem Hintergrund der heutigen Herausforderungen nicht mehr im gleichen Maße in der Lage ist, allen Menschen faire Startchancen zu ermöglichen und die Leistungsbereitschaft in der Gesellschaft zu wecken. Über die Ursachen der Schieflage bestehen durchaus unterschiedliche Ansichten. So werden in diesem Zusammenhang sehr verschiedene, für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft wichtige Aspekte diskutiert, von einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von staatlichen Belastungen über eine Stärkung der Gründerstimmung bis hin zu einer Anpassung der Ordnungspolitik an die digitale Wirtschaft.

Trotz ihrer großen gesellschaftspolitischen Bedeutung betreffen viele aktuell diskutierte Aspekte allerdings nicht ein zentrales Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft: gerechte Chancen für alle. Ziel muss es sein, alle Menschen zu eigenverantwortlicher Teilhabe am Markt und an der Gesellschaft zu befähigen. Der Schlüssel hierzu ist eine Bildungspolitik, die gleiche Startchancen

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37
10115 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG U6 Naturkundemuseum
S-Bahn Berlin Hauptbahnhof

schafft. Eine bessere Bildung der Bevölkerung steigert die Produktivität des Faktors Arbeit und ermöglicht höhere Einkommen. Deshalb sollte die Bildungspolitik eine tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft sein. Diese zentrale Rolle der Bildungspolitik wird sowohl in der ursprünglichen Konzeption als auch in der Diskussion über die Neugestaltung der Sozialen Marktwirtschaft allzu oft vernachlässigt.

Die zentrale Rolle von Bildung für die wirtschaftlichen Chancen der Menschen

Die Arbeitsmarktforschung zeigt, dass eine gute Bildung heute ein wesentlicher Bestimmungsfaktor der wirtschaftlichen Chancen jedes Einzelnen ist. Bildung ist eine Investition, die die Menschen in die Lage versetzt, sich ertragreich in die Gesellschaft einzubringen. Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen, die in Kindheit und Jugend erworben wurden, machen später die Produktivität der Beschäftigten und ihr Einkommenspotential aus. Selbst auf dem heutigen boomenden Arbeitsmarkt, auf dem nur 4 Prozent der Personen mit einer berufsqualifizierenden Ausbildung und 2 Prozent der Akademiker arbeitslos sind, sind nahezu 20 Prozent der Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss arbeitslos.¹ Darüber hinaus geht ein zusätzliches Bildungsjahr im Durchschnitt auf dem Arbeitsmarkt mit rund 10 Prozent höheren Arbeitseinkommen einher.²

In der Bedeutung der Bildung für die Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt besteht ein entscheidender Unterschied zwischen der Nachkriegszeit, in der die Idee und grundlegende Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft umgesetzt wurden, und der heutigen Wirtschaft. Seinerzeit wurde jeder und jede am Arbeitsmarkt gebraucht. Noch bis in die frühen 1970er Jahre hinein hat die deutsche Wirtschaft Gastarbeiter angeworben, weil der Bedarf an Arbeitskräften für geringqualifizierte Tätigkeiten nicht gedeckt werden konnte. Insofern konnten Bildungsaspekte in der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft vernachlässigt werden. Seitdem ist die Arbeitsnachfrage nach geringqualifizierten Tätigkeiten hierzulande aber extrem gesunken, getrieben von Trends wie Globalisierung und technischem Fortschritt in Form von Automatisierung. Wer notwendige Kompetenzen in Kindheit und Jugend nicht erwirbt, erfährt somit einen grundlegenden Nachteil, ohne dass er oder sie die entsprechenden Bildungschancen selbst beeinflussen konnte.

¹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2017). Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten.

² Z.B. Ludger Wößmann, Franziska Kugler, Marc Piopiunik (2017). Bildung hat Zukunft. Frankfurt: Union Investment.

Jenseits der wirtschaftlichen Teilhabe spielt eine gute Bildung der Bevölkerung auch eine wichtige Rolle für die politische Beteiligung, das staatsbürgerliche Engagement und die Akzeptanz der Gesellschaftsordnung.

Der enge Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg

Vor diesem Hintergrund ist es bedenklich, dass der Bildungserfolg in Deutschland noch weit mehr als in vielen anderen Ländern mit Unterschieden in der Herkunft der Kinder und Jugendlichen einhergeht. Die Bildungsergebnisse im frühkindlichen und schulischen Bereich hängen stark damit zusammen, aus welchen sozialen Hintergründen und familiären Einkommensverhältnissen die Kinder und Jugendlichen stammen. Dies bedingt dann auch ungleiche Chancen für den Bildungserfolg junger Erwachsener.

Beispielsweise liegen die Mathematikleistungen von 15-jährigen Schülerinnen und Schülern aus Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status im Durchschnitt etwa vier Schuljahre hinter den Leistungen von jenen mit hohem sozioökonomischem Status zurück.³ Selbst bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und fachlichen Leistungen ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Lehrkräfte einen Gymnasialbesuch empfehlen, bei Kindern aus Familien mit hoher beruflicher Stellung rund 2,5-mal so hoch wie bei Kindern aus Arbeiterfamilien.⁴ Was die höhere Bildung betrifft, nehmen 79 Prozent der Kinder aus Akademikerfamilien ein Studium auf, verglichen mit 27 Prozent der Kinder aus Nicht-Akademikerfamilien.⁵ Aufgrund des bereits zurückgelegten Bildungsweges sind also zu dem Zeitpunkt, an dem die Menschen selbst mündig werden, die Chancen für den weiteren Bildungs- und Berufsverlauf nicht mehr gleich verteilt.

Bildungspolitik muss die Menschen befähigen, von den Chancen der Märkte zu profitieren

Aus diesen Gründen muss der Bildungspolitik bei der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft eine zentrale Bedeutung zukommen. Ein Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen eine qualitativ hochwertige Bildung vermittelt, ist die zentrale Voraussetzung für eine Chancengerechtigkeit, die alle Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzt, von den Chancen der Marktwirtschaft zu profitieren. Dabei geht es weniger um höhere Bildungsabschlüsse als um die Schaffung eines Fundaments an Kompetenzen, das zur eigenverantwortlichen Teilnahme am gesellschaftlichen Leben befähigt. Deshalb muss die Phase von der frühkindlichen Bildung bis

³ Philipp Lergetporer, Katharina Werner, Ludger Wößmann (2018). Educational Inequality and Public Policy Preferences: Evidence from Representative Survey Experiments. CESifo Working Paper 7192.

⁴ Heike Wendt u.a., Hrsg. (2016). TIMSS 2015: Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster: Waxmann.

⁵ Nancy Kracke, Daniel Buck, Elke Middendorf (2018). Beteiligung an Hochschulbildung: Chancen(un)gleichheit in Deutschland. DZHW Brief 3/2018. Hannover: Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung.

zum Ende des allgemeinbildenden Schulsystems insbesondere auch in den nicht-gymnasialen Schulformen ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken.

Da Bildung ein dynamischer Prozess ist, der auf dem bisher Erlernten aufbaut, kommt gerade dem frühkindlichen Bildungssystem und den Grundschulen eine wichtige Rolle zu. Sie müssen quantitativ und qualitativ so ausgelegt sein, dass auch Kinder aus benachteiligten Verhältnissen gut vorbereitet in das weiterführende Bildungssystem eintreten. Dazu bedarf es ebenfalls gezielter Maßnahmen für benachteiligte Gruppen. Auch wenn Bildungspolitik die Aufgaben von Familien nicht ersetzen kann und soll, kann sie ganz entscheidend zu gleichen Startchancen beitragen. Die Forschung hat deutliche Belege geliefert, dass frühkindliche Bildungsprogramme gerade bei Kindern aus benachteiligten familiären Verhältnissen die langfristigen Bildungs- und Arbeitsmarkterfolge sehr effektiv fördern können. Insofern besteht in diesem Fall kein Zielkonflikt zwischen Chancengleichheit und Effizienz, zumal bei einem entsprechenden Fundament auch spätere Weiterbildungsmaßnahmen effektiver werden.

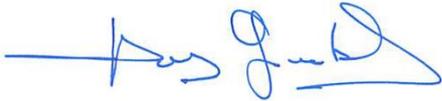
Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft

Das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als Zusammenspiel von Eigenverantwortung und Wettbewerb mit Chancengerechtigkeit und sozialem Ausgleich ist ein wichtiges Fundament, um die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Vor dem Hintergrund von Globalisierung und Digitalisierung bedarf es jedoch neuer Wege des staatlichen Handelns, um Chancengerechtigkeit und sozialen Ausgleich angemessen und wahrnehmbar sicherzustellen. Eine Gesellschaftsordnung, die stark auf Eigenverantwortung und Wettbewerb setzt und gleichzeitig freiheitlich und menschenwürdig sein will, muss den Menschen zu dem Zeitpunkt, an dem sie beginnen selbständig über ihren Lebensweg zu entscheiden, möglichst gleiche Startchancen offenhalten.

Von der Frage, ob es in einer Sozialen Marktwirtschaft gelingt, die Menschen in die Lage zu versetzen, von den Möglichkeiten der freien Wirtschaft zu profitieren, hängt auch die Akzeptanz des Gesellschaftssystems in der Bevölkerung ab. Wenn es den Menschen offenkundig erscheint, dass im bestehenden System keine Chancengerechtigkeit herrscht, schwindet seine Akzeptanz.

Deshalb muss Bildungspolitik als Instrument zur Herstellung gleicher Startchancen zu einer zentralen Säule einer erneuerten Sozialen Marktwirtschaft werden. Der Beirat empfiehlt daher, Bildungsgerechtigkeit als ein Kernelement in die Charta zur Neugestaltung der Sozialen Marktwirtschaft aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Hans Gersbach', with a stylized flourish at the end.

Professor Dr. Hans Gersbach

(Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats)

**Der Brief wurde vorbereitet von folgenden Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats
beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Professor Dr. Ludger Wößmann (Federführung)
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Leiter, ifo Zentrum für Bildungsökonomik

Professor Christina Gathmann, Ph.D. (Stellvertretende Vorsitzende)
Lehrstuhl für Arbeitsmarktökonomie und Neue Politische Ökonomik
Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Heidelberg

Professor. Dr. Veronika Grimm
Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie,
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dr. Hans Gersbach (Vorsitzender)
Professor für Makroökonomie: Innovation und Politik
ETH Zürich

**Übrige Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie**

Professor Dr. Hermann Albeck
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Saarbrücken

Professor Dr. Stefan Bechtold
Professor für Immaterialgüterrecht
Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften
an der ETH Zürich

Professor Dr. Dr. h.c. Peter Bernholz
Em. Professor für Nationalökonomie, insbesondere Geld- und Außenwirtschaft,
an der Universität Basel

Professor Dr. Norbert Berthold
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der
Bayerischen Julius-Maximilians-Universität in Würzburg

Professor Dr. Felix Bierbrauer
Universität zu Köln, Center for Macroeconomic Research (CMR)
Albertus-Magnus-Platz, Köln

Professor Dr. Charles B. Blankart
Em. Professor für Wirtschaftswissenschaften
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Axel Börsch-Supan, Ph.D.

Direktor des Munich Center for the Economics of Aging (MEA)
am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München

Professor Dr. Friedrich Breyer
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Konstanz

Professor Dr. Christoph Engel
Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern
Professor für Rechtswissenschaften
an der Universität Osnabrück

Professor Dr. Armin Falk
briq - Behavior and Inequality Research Institute GmbH
Professor für Volkswirtschaftslehre
Lehrstuhl für Rechts- und Staatswissenschaften
an der Universität Bonn

Professor Gabriel Felbermayr, Ph.D.
Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. reale und monetäre Außenwirtschaft
Leiter des ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, München

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim i.R.
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Marcel Fratzscher, Ph.D.
Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und
Professor für Makroökonomie und Finanzen
an der Humboldt-Universität Berlin

Professor Dietmar Harhoff, Ph.D.
Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München
Professor für Betriebswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Martin Hellwig, Ph. D.
Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern i.R. und
Em. Professor an der Universität Bonn

Professor Dr. Roman Inderst
Professor für Finanzen und Ökonomie an der Universität Frankfurt/M.
House of Finance

Professor Dr. Otmar Issing
Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank i.R.
Frankfurt/Main

Professor Dr. Eckhard Janeba
Professor für Volkswirtschaftslehre insbesondere Finanzwissenschaft
und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim

Professor Dr. Günter Knieps
Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaft
und Regionalpolitik; Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Professor Dr. Dr. h.c. Wernhard Möschel
Em. Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht
an der Universität Tübingen

Professor Dr. Axel Ockenfels
Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften
Staatswissenschaftliches Seminar
an der Universität zu Köln

Professor Regina T. Riphahn, Ph.D.
Professor für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dr. Albrecht Ritschl
Professor für Wirtschaftsgeschichte
an der London School of Economics

Professor Dr. Klaus Schmidt
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Monika Schnitzer
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Olaf Sievert
Präsident der Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen
und Thüringen, Leipzig i.R.,
Honorarprofessor Universität Saarbrücken

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn
Präsident des Ifo-Instituts München i.R.
Em. Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft
an der Universität München

Professor Dr. Roland Vaubel
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität zu Köln

Professor Dr. Christian Watrin
Em. Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaften
an der Universität Köln

Professor Dr. Eberhard Wille
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
an der Universität Mannheim

Ruhende Mitgliedschaften

Professor Dr. Claudia M. Buch
Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank,
in Frankfurt am Main

Professor Achim Wambach, Ph.D.
Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim